



## Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

### **Für ein Festhalten am EU-Stabilitätspakt - Ausweitung der Verschuldensregelungen verhindern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf der Ebene des Bundesrates gegen eine Novellierung des EU-Stabilitätspaktes auszusprechen, die auf eine Lockerung der bisherigen Regelungen zur Verschuldung der Mitgliedstaaten abzielt. Eine Ausweitung der bisherigen Vorgaben zur Gesamtverschuldung ist dabei ebenso abzulehnen wie die weitergehenden Vorschläge einzelner Mitgliedstaaten, bestimmte Investitionen bei der Berechnung der Neuverschuldung nicht zu berücksichtigen.

#### **Begründung:**

Die Regelungen zum Stabilitätspakt der EU, die eine wesentliche Vertragsgrundlage zur Einführung des Euro darstellten, sehen grundsätzlich vor, dass die jährliche Neuverschuldung in den Ländern der Euro-Zone 3% des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigt. Die Gesamtverschuldung soll ebenfalls nicht über 60% der Wirtschaftskraft des betreffenden Landes liegen.

Obwohl diese Regelungen des Stabilitätspaktes derzeit Corona-bedingt bis zum Ende des Jahres 2022 außer Kraft gesetzt sind, hat bereits jetzt auf EU-Ebene eine Diskussion darüber eingesetzt, den Stabilitätspakt weiter aufzulockern. Im Raum stehen dabei eine Anhebung der bisherigen Grenze zur Gesamtverschuldung sowie eine Nichtberücksichtigung bestimmter Investitionsausgaben bei der Berechnung der Neuverschuldung.

Eine weitere Aufweichung der aktuell ohnehin außer Kraft gesetzten Regelungen zum EU-Stabilitätspakt ist abzulehnen. Bereits heute bedrohen die rasant ansteigende Staatsverschuldung in einzelnen Mitgliedstaaten der EU und die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank viele Millionen Bürger in ihrer wirtschaftlichen Existenz. Aufgrund der ansteigenden Inflation ist ein Umdenken gerade in der Geldpolitik der Europäischen Union dringend erforderlich. Eine höhere Inflation schwächt die Kaufkraft der Verbraucher und wird auf Dauer auch durch günstige Exportbedingungen für Unternehmen nicht aufgewogen.

Auch vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Zinswende in den USA besteht das Risiko, dass der Euro im internationalen Währungsvergleich weiter an Wert verliert. In Anbetracht eines Anstiegs bei den Konsumentenpreisen seit 1998 um 41% dürfen jedoch weder eine weiter steigende Inflation noch eine damit einhergehende fortlaufende Abschwächung des Euro in Kauf genommen werden.

Die bundespolitische Initiative gegen eine Auflockerung des EU-Stabilitätspakts hat kurzfristig zu erfolgen, bevor die EU-Kommission Leitlinien für die Budgets der Euro-Staaten vorlegen wird.

Volker Schnurrbusch und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD